



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 363.17 / 04.12.2017

Unser Ziel ist die Umsetzung der Energiewende mit den Menschen

Zur heutigen (4. Dezember 2017) Unterschriftenübergabe der Volksinitiative „Gegenwind“ an den Landtag sagt der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Bernd Voß**:

Mit den gesetzlichen Beteiligungsinstrumenten wie der Volksinitiative haben wir die Möglichkeiten ausgebaut, sich in politische Entscheidungen einzubringen. Wir wollen die Akzeptanz des Windenergieausbaus sichern und die Auswirkungen für Landschaft und Natur so gering wie möglich halten. Wir möchten die Energiewende mit den Menschen gestalten.

Nachdem mit dem OVG-Urteil am 20. Januar 2015 das Votum der Gemeinde als Kriterium gekippt worden ist, versucht die Landesregierung nun die Interessen der Anwohner*innen durch objektive Kriterien überall im Land und durch andere Beteiligungsmöglichkeiten mit einzubeziehen.

In 2018 wird über eine eventuell erforderliche Verlängerung des Moratoriums für den Ausbau der Windenergie entschieden. Die Einhaltung des Zwei-Prozent-Zieles, um die internationalen Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen von Paris einzuhalten, und mindestens 10 GW Strom aus Onshore bis 2025 stehen dabei nicht zur Disposition. Ziel bleibt bis Mitte des Jahrhunderts, die fossilen Energien weitgehend durch Erneuerbare zu ersetzen.

Bis die ersten neuen Anlagen aus der derzeitigen Landesplanung in unserem Land umgesetzt werden, werden die Netze längst fertiggestellt sein, die den Strom aufnehmen. Das gilt sowohl für die Netze im Land wie die Westküstenleitung, als auch für die internationale Vernetzung Schleswig-Holsteins über das Nordlinkkabel mit den großen

Energiespeichern der Wasserkraft in Nordeuropa. Schleswig-Holstein meistert aktuell den Spagat, allen Interessen aus Naturschutz, Anwohner*innenschutz, Klimaschutz und Energiewende gerecht zu werden. Der Atomausstieg muss abgesichert, der Kohleausstieg endlich eingeleitet werden

Neben einer maximalen Berücksichtigung von Bürger*inneninteressen müssen wir auch unserer globalen Verantwortung im Klimaschutz gerecht werden und uns klar machen, dass es unserem Land nicht hilft, wenn der Ausbau der Erneuerbaren zum Stillstand kommt und wir uns von den Klimaschutzzielen verabschieden. Denn auch ein Nicht-Ausbau von Windkraft beeinträchtigt langfristig unsere Landschaft. Bei uns sind es nicht die Gletscher die schmelzen, doch es ist der Starkregen der zunimmt, die Herausforderungen für den Küstenschutz, die Entwässerung sowie die Verantwortung mit einer global steigenden Zahl an Klimaflüchtlingen.

Es sind nicht nur die Betreiber*innen der Erneuerbaren wie Windmüller*innen, die von einer sanften aber rechtzeitigen und zügig umgesetzten Energiewende profitieren. Sie ist für uns alle, aus volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht, überlebenswichtig.
